

Internationaler Zivildienst e. V.
Deutscher Zweig des Service Civil International
Hamburg 1, Beim Strohhaus 14, Telefon 24 79 11

Mitteilungen Nr. 22

Juli 1963

.....
.....
.....

V. VORSCHLÄGE - KRITIK

Zivildienstarbeit in Mitteldeutschland ?

Die Frage, ob der IZD Arbeitslager in Mitteldeutschland durchführen oder sich an solchen beteiligen soll, ist in den letzten Jahren wiederholt diskutiert worden – sowohl in den Mitgliederversammlungen, als auch in den Vorstandssitzungen. So wurde von der Mitgliederversammlung 1962 in Bochum beschlossen, "die Gespräche über die Möglichkeit eines SCI-Dienstes in der DDR auf internationaler Ebene weiterzuführen" und weiterhin als Bedingung für einen Dienst gesagt "vorausgesetzt, daß ein solcher zum Nutzen und mit der dortigen Bevölkerung stattfindet".

Im Internationalen Komitee wurde von unserem Vertreter auf diese Beschlüsse hingewiesen und eingehend dargelegt, daß nach der Meinung des Vorstandes der SCI nur mit einer "nicht-politischen" Organisation Mitteldeutschlands zusammenarbeiten könne.

Entgegen den Wünschen des deutschen Zweiges und gegen die Stimme des deutschen Vertreters hat das Internationale Komitee jedoch beschlossen, 1963 in Zusammenarbeit mit der FDJ ein Arbeitslager in der Nähe von Potsdam durchzuführen. Die Organisation dieses Lagers haben der Europäische Sekretär und der britische Zweig übernommen, während die Verantwortung ausdrücklich beim Internationalen Komitee verbleibt.

Die Mitgliederversammlung 1963 in Frankfurt beschloß daraufhin "die weitere Entwicklung des vom SCI angebahnten Projektes (Dienst bei Potsdam) abzuwarten".

Der Vorstand hat sich in seiner Sitzung am 30./31. März 63 in Göttingen erneut mit den Problemen eines Dienstes in Mitteldeutschland auseinandergesetzt. Nach sorgfältiger Erörterung aller positiver wie negativer Gesichtspunkte faßte er die folgenden Beschlüsse :

- 1) Das für 1963 bei Potsdam geplante SCI-Lager wird vom deutschen Zweig nicht angekündigt.
- 2) Auf Anfragen wird Interessenten an diesem Dienst mitgeteilt, daß der IZD keine Teilnehmer vermittelt. Interessenten sollen im Namen des Vorstandes gebeten werden, an einem Dienst in der DDR nicht teilzunehmen.
- 3) Der britische Zweig wird gebeten, das deutsche Sekretariat zu benachrichtigen, falls deutsche Freiwillige sich dort direkt bewerben.
- 4) Der deutsche Vertreter beim Internationalen Komitee wird beauftragt, dem IC von diesen Beschlüssen Kenntnis zu geben und sie zu begründen. Er soll ferner die grundsätzlichen Bedenken des deutschen Zweiges zu einem Dienst in der DDR erneut vortragen.

Diese Beschlüsse fanden den Widerspruch des Internationalen Komitees, welches den deutschen Vorstand aufforderte, seine Beschlüsse zu überprüfen und zu ändern. Das IC sandte den Internationalen Präsidenten, Chris Hollaender, und den Europäischen Sekretär, Roger Briottet, zu der nächstfolgenden deutschen Vorstandssitzung, die aus diesem Grund auf den 11./12. Mai vorverlegt wurde.

Nach einer langen Diskussion und Abwägung sowohl der deutschen wie auch der internationalen Belange beschloß der Vorstand "ein bis zwei ausgewählte Mitglieder als 'Beobachter' in den bei Potsdam geplanten Dienst zu schicken".

Da der IZD auf verschiedenen Gebieten (Ersatzdienst – Bundesjugendplan – Entwicklungshilfe) mit der Bundesregierung zusammenarbeitet, hielt es der Vorstand für angebracht, offizielle Regierungsstellen in Bonn um eine Stellungnahme zu bitten. Der zuvor genannte Beschluß wurde unter die Voraussetzung gestellt, daß von Bonn "nicht dringend davon abgeraten wird". Die Vorstandsbeschlüsse vom 30./31. März wurden noch einmal bestätigt.

Im Brief des Vorstandes an das Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen wurde darauf hingewiesen, daß es erstens zu den Zielen des SCI gehört, in Spannungsgebieten (wie Mitteldeutschland) zu arbeiten, daß zweitens der Dienst bei Potsdam als ein Versuch angesehen werden müsse und es für den deutschen Zweig schwer sei, sich auf der Herbsttagung des Internationalen Komitees an der Diskussion über die Fortsetzung der Arbeit in Mitteldeutschland zu beteiligen, ohne durch eigene Beobachter über das Lager bei Potsdam informiert zu sein, und daß es drittens nach Meinung des Vorstandes wünschenswert sei, in dem Dienst (westdeutsche) Teilnehmer zu haben, die mit der Situation in Mitteldeutschland vertraut sind.

In der Antwort des Ministeriums vom 3. Juli wird zwar "Verständnis für die schwierige Lage" des IZD geäußert, trotzdem werden aber "Einwendungen gegen die Teilnahme von (westdeutschen) Beobachtern an dem Lager bei Potsdam erhoben". Unter diesen Umständen erscheint es dem Vorstand nicht opportun, Freiwillige in den Dienst bei Potsdam zu schicken.

Bertram Schröter, Göttingen

.....
.....
.....